

setzt werden – „ein Sklavenlohn“, wie ein Kneipier schimpft.

Und die Löhne sind auf niedrigem Niveau festgeschrieben. Natürlich liegen sie unter denen der staatlichen Betriebe.

Doch auch das soll bald anders werden. Neue Steuergesetze, die den Höchststeuersatz von 95 auf 60 Prozent verringern, will die Regierung schon Anfang Februar vorstellen und im März verabschieden. Zwar sei jede Steuerreform eine sehr komplizierte Angelegenheit, meint Klaus-Christian Fischer, Staatssekretär der Wirtschaftsministerin Luft, „aber die Anreize für die selbständigen Gewerbetreibenden müssen jetzt ganz schnell kommen“.

Die Reprivatisierung der 1972 verstaatlichten mittelständischen Betriebe und der Verkauf von Wohnungen an Privatpersonen dürften nicht schwerfallen. Aber im Apparat regt sich Widerstand. „Der Kampf des neuen gegen das alte Denken ist noch nicht gewonnen“, räumt ein Mitarbeiter der Wirtschaftsministerin ein.

Die planwirtschaftlichen Traditionalisten wollen es von der Zustimmung der Betriebe und Kombinate des jeweiligen Industriezweiges abhängig machen, ob die Privatisierung genehmigt wird. Dann, das ist abzusehen, würden nur marode Firmen aus dem Volkseigentum entlassen, produktive Unternehmen jedoch zum Herzstück des neuen Staatsapparats gemacht.

Eine Alternative zu den geplanten Reformen gibt es jedoch nicht. „Unser Zeitdruck“, meint Staatssekretär Fischer, „entsteht nicht durch den 6. Mai, sondern durch die Erwartungen der Leute.“

Und die sind groß. Die Selbständigen wollen den Druck weiter verschärfen. Unter dem Beifall der Teilnehmer rief der Schlußredner auf dem Gründungskongress des Unternehmerverbandes zum „zivilen Ungehorsam“ auf.

Neue Heimat

Nachhaltig negativ

Die Unionsparteien lassen Interna über die Affären Neue Heimat und co op heraus. Das Material könnte dem designierten DGB-Chef Meyer schaden.

Die dicken Sauereien sind noch gar nicht raus“, tönte der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster bei jeder Gelegenheit. Er, brüstete sich der Christdemokrat, „habe noch viele Akten und Dokumente“ über krumme Geschäfte prominenter Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer

und „könne jeden zweiten Tag eine Sache hochziehen“. Doch: „Ich will nicht.“

Das scheint sich nun, im Wahljahr 1990, zu ändern. Der Neue-Heimat-Skandal wird, das haben sich Unionspolitiker vorgenommen, noch einmal zum Thema. Die Affäre um den Handelskonzern co op wird gleich mitverarbeitet.

Als Munition bietet sich ein Bericht an, der seit Anfang 1987 in der Geheimschutzstelle des Bundestags ruht: Protokoll-Auszüge von Aufsichtsratssitzungen der Neue-Heimat-Muttergesellschaft BGAG (Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG).

Die Erkenntnisse aus diesen Papieren könnten vor allem dem designierten DGB-Chef Heinz-Werner Meyer, der-

zeit noch Vorsitzender der Bergbaugewerkschaft, Ärger bringen und damit dem Gewerkschaftsbund insgesamt. Noch bevor der SPD-Bundestagsabgeordnete Meyer Ende Mai die Nachfolge von Ernst Breit antritt, wird offenkundig: Der Neue ist in die Millionenpleiten der Gewerkschaftsfirmen ebenso verwickelt wie sein Vorgänger.

Von 1975 bis 1988 saß Meyer im Kontrollorgan der BGAG. Und dessen Mitglieder wurden – das belegt der Geheimbericht – haarklein und frühzeitig über die wachsenden Verluste und die Aktionen zur Verschleierung der Misere informiert.

Die Hoffnung der Gewerkschafter, mit Breits Pensionierung endlich einen

Schlußstrich unter das NH-Debakel ziehen zu können, kann sich also nicht erfüllen: Meyer saß meistens neben Ernst Breit, Alfons Lappas und Kollegen und stimmte mit. Auch vom drohenden Debakel der gewerkschaftlichen Handelskette co op, das beweisen die Sitzungsprotokolle, wußte Meyer schon Jahre vor dem Zusammenbruch.

Anfang 1983 bereits, das war vor einigen Wochen bekannt geworden, informierte co-op-Chef Bernd Otto den Aufsichtsrat über die riesigen Schuldenberge. „Große Reckübungen“ müsse er veranstalten, um die Banken ruhig zu halten. Es helfe nur, daß „die deut-

schen Gewerkschaften, als große gesellschaftliche Kraft“, die Bonität des Kaufladens co op „sicherstellen“.

Das taten die Gewerkschaften nur bis 1985, dann entfernten sie sich unter merkwürdigen Umständen aus dem Handelskonzern. Jetzt will die neue co-op-Führung die Gewerkschaftsholding BGAG auf 650 Millionen Mark Schadensersatz verklagen.

Unter jenen Aufsichtsräten, die „den Bericht vom Kollegen Dr. Otto einverständlich zur Kenntnis“ nahmen, saß damals Heinz-Werner Meyer.

Die Einzelheiten über die Fälle Neue Heimat und co op hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Günther Hüscher zusammengetragen. Der Jurist mit dem gepflegten rheinischen Akzent saß jenem Bundestagsausschuß vor, der mehr Licht in die Neue-Heimat-Affäre bringen sollte.

In Hüscher's 100seitigem Werk, Ende 1988 zusammengestellt, ist nachzulesen,



Gewerkschaftsführer Meyer: Kaltschnäuzig ...

DER SPIEGEL

© 1987 C
30. Jahrgang, DM 3,00
1. Februar 1982

NEUE HEIMAT

Die dunklen Geschäfte von Vietor und Genossen

SPIEGEL-Titel 6/1982

... über Mieter hinweggegangen

wie die Gewerkschafts-Kontrollure sich etwa beim trickreichen Kauf- und Rückkauf (zum mehr als vierfachen Kurs) von Aktien ihres Versicherungskonzerns Volksfürsorge verhielten oder wie sie Verluste zwischen der gemeinnützigen Firma Neue Heimat und dem privatwirtschaftlichen Schwesterbetrieb Neue Heimat Städtebau hin- und herschoben.

Der Inhalt ist es nicht, vor dessen Preisgabe sich die Gewerkschaften fürchten müssen; bestenfalls produziert der Bericht neue Schlammgespritzer aus dem bekannt großen Sumpf.

Erschreckend vielmehr – und darum zu neuerlicher Aufregung angetan – ist die Kaltschnäuzigkeit, mit der Gewerkschaftsvorstände wie Breit oder der Nachfolge-Kandidat Meyer ausweislich der Protokolle über die Belange von Arbeitnehmern und Mietern hinweggingen, wie sie mit den Geldern ihrer Mitglieder jonglierten.

Ein Beispiel: 1985/86 verkaufte die BGAG einige zehntausend gemeinnützig-gebundene Wohnungen über eine Beteiligungsgesellschaft für Immobilien (BGI). Dieser Verkauf, hieß es offiziell, diene letztlich den Mietern. Intern informierte der BGAG-Vorstand seine Aufsichtsräte dagegen über die wahre Absicht: Es gehe darum, „die öffentlichen Mittel abzulösen und nach Ablauf der sechsmonatigen Nachfrist die Miete auf das allgemein örtliche Mietniveau anzuheben“. Die Chefgewerkschafter stimmten mithin einer Aktion zu, die Sozialmieter den Widrigkeiten des freien Wohnungsmarkts aussetzte.

Vorrangig, so stellten es die Gewerkschaftsmanager gern in der Öffentlichkeit dar, würden NH-Wohnungen zu günstigen Konditionen an die Mieter verkauft. Doch in Wahrheit sollten es nur einige wenige Wohnungen sein, die so preiswert weggegeben werden durften.

Intern waren sich Breit, Meyer und die anderen laut Protokoll einig, die Sozialverkäufe dienten allein der „Verbesserung der Außendarstellung“. Denn: „Wirtschaftlich würde dieses Projekt nicht zu einer Lösung der NH-Probleme beitragen können.“ Wirtschaftlich sinnvoll war hingegen ein Verkauf an Erwerber, die mehr zahlten – weil sie die Wohnungen aus der Sozialmietbindung nehmen wollten.

Auch gesetzliche Vorschriften beeindruckten die DGB-Ökonomen nicht unbedingt. Die Wirtschaftsprüfer der NH sahen „einen Vorstoß gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz“ in der Übung, die Provisionen aus Darlehensvermittlungen an die NH-Gruppe über die Tochterfirma GVG zu leiten und so aus dem gemeinnützigen Bereich rauszuziehen.

Diese Praxis, von der Alfons Lappas am 17. Dezember 1983 Meyer und den

anderen Aufsichtsräten berichtete, wurde damals keineswegs abgestellt. Vielmehr verkaufte das Gewerkschaftsunternehmen die GVG an eine andere, scheinbar fremde Firma, die Vermo in Frankfurt.

Doch so fremd war die Vermo keineswegs, sie gehörte, wie vorher die GVG, zum DGB-Imperium und spielte auch bei Mauseheleien um co op eine Rolle. Die Trennung, erklärte Lappas seinen Kollegen, sei lediglich eine „formale“.

„Nach einer kurzen Erläuterung des Sachverhalts“, vermerkt das Protokoll weiter, habe der Aufsichtsrat „einverständlich Kenntnis“ genommen. Fragen waren, immerhin, „vom Kollegen Meyer“ gekommen.

Verständlich, daß der DGB alles versucht, die beschlagnahmten Dokumen-

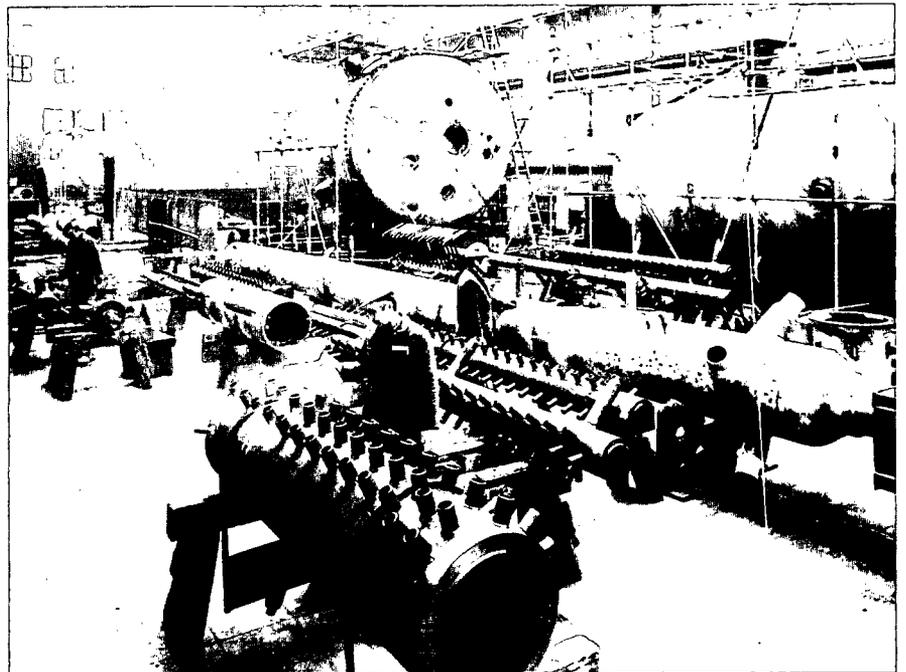
Konzerne

Völlig falsch eingeschätzt

Eine Serie unternehmerischer Fehlleistungen trieb die Babcock AG in die roten Zahlen.

Für einen Neuling im Vorstand wagte Lorenz Weegen sich reichlich weit vor. Der Konzern, schimpfte Weegen in kleiner Runde, habe eine „Scheißbilanz“. Und er fragte: „In was für einen Sauladen bin ich hier eigentlich geraten?“

Der Laden heißt Deutsche Babcock, und dessen Spitzengremium gehört der Kritiker Weegen, 61, erst seit Mitte Ja-



Babcock-Produktion: Schlampereien und Pannen zuhauf

te in den Bundestags-Panzerschranken unter Verschluss zu halten. Brieflich forderten die Gewerkschafter die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth auf, „unser berechtigtes Geheimhaltungsinteresse“ (IG-Metall-Chef Franz Steinkühler) zu wahren, eine befürchtete „Geschäftsschädigung“ (Bank-für-Gemeinwirtschaft-Chef Thomas Wegscheider) zu verhindern.

Die CDU wolle, empört sich Ernst Breit, mit diesem „Wahlkampfmanöver“ das „öffentliche Bild der Gewerkschaften nachhaltig negativ“ beeinflussen. Das mag wohl so sein.

Die Mittel zu dieser Ansehensminderung verschafften den Christdemokraten freilich Gewerkschafter wie Ernst Breit und sein Nachfolger Heinz-Werner Meyer.

nuar an. Viele Jahre lang hat Weegen die erfolgreiche Maschinenbau-Firma Flen-der AG geführt. Nachdem die von den Eigentümern an Babcock verkauft worden war, landete ihr Chef eher unfreiwillig im Vorstand des Oberhausener Konzerns.

Dort kann er nun erleben, wie es um das Traditionsunternehmen steht. In fast allen Sparten des Maschinen- und Anlagen-Konzerns (23 000 Beschäftigte, 5,3 Milliarden Mark Umsatz) häufen sich die schlechten Nachrichten. Durch eine Serie von Fehlschlägen hat sich der Konzern dreistellige Millionenverluste eingehandelt.

Die Inhaber von Stammaktien müssen in diesem Jahr auf eine Dividende verzichten. Nur den hohen Liquiditätsreserven, in besseren Jahren beiseite ge-